

## Anfragen zum Plenum in der 15. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Nicole Bäuml**  
(SPD)

Nachdem in der gemeinsamen Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 15.05.2003 (Az.: II.8a-5 S 7402.15-4.65 500, I C 4-3606.04-4-SCH) zur Radfahrausbildung in Bayern unter 4.2 festgehalten ist, dass „Die Schüler [...] möglichst mit eigenen verkehrssicheren Fahrrädern an der Übungsfahrt im Realverkehr teilnehmen [sollen], die Fahrräder vor Beginn der Übungen auf Verkehrssicherheit zu überprüfen sind und andernfalls verkehrssichere Fahrräder der Schule oder Jugendverkehrsschule zu benutzen sind“, frage ich die Staatsregierung, welche Förderprogramme für die Sachaufwandsträger von Grundschulen seit der Einführung der Radfahrausbildung bestanden haben bzw. bestehen, wie die Sachaufwandsträger bei der Wartung der angeschafften Fahrräder unterstützt werden und welche Erkenntnisse die Staatsregierung über die angelaufenen Kosten für die Sachaufwandsträger seit 2003 hat?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld in den letzten fünf Jahren jährlich für Projekte der Dorf- und Ladenentwicklung (Dorfläden) zur Verfügung stand, welche Projekte damit gefördert wurden und in welcher Höhe (bitte jeweils Summe und Fördersatz angeben)?

**Andreas Birzele**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern sie – konkret das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration – beabsichtigt, zeitnah eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die Zustimmung seitens des Staatsministeriums gemäß Art. 2 Abs. 3 Kommunalabgabengesetz zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen durch bayerische Kommunen erteilt wird, nachdem die Stadt Aschaffenburg bereits im Juni 2023 eine entsprechende Anfrage über die Regierung von Unterfranken eingereicht hat und bis heute keine Rückmeldung des Staatsministeriums erfolgt ist?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung angesichts der Verhaftung von drei Personen aus dem Umfeld der Reichsbürgerszene, welche Erkenntnisse ihr über die Strukturen und das Personenpotenzial der

terroristischen Gruppierung „Vereinte Patrioten“ in Bayern vorliegen, gegen wie viele Personen sind in diesem Kontext noch Straf- oder Ermittlungsverfahren anhängig und welche Waffen und Munition wurden bei den polizeilichen Maßnahmen gegen die drei verhafteten Personen beschlagnahmt (bitte mit genauer Aufschlüsselung, ob zu den sichergestellten Waffen eine waffenrechtliche Erlaubnis vorliegt oder ob sie illegal erworben wurden)?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Folgen hat die Klimaerhitzung auf die bayerischen Alpen, insbesondere was den Vergleich von Temperaturen, Schnee-Niederschlag und Schneebedeckung von 1990 bis heute angeht, welche – schon begonnenen, geplanten, beantragten oder angedachten – Ausbau-, Modernisierungs- und Neubauprojekte von Pisten, Lift- und Seilbahnanlagen sowie Anlagen zur künstlichen Beschneigung sind der Staatsregierung bekannt und welchen Sinn machen die im Dritten Modernisierungsgesetz geplanten Erleichterungen für den Bau und die Erweiterung von Pisten sowie für den Bau oder Ausbau von Lift- und Seilbahnanlagen sowie künstlichen Beschneigungsanlagen angesichts der o. g. Folgen der Klimaerhitzung in den bayerischen Alpen wie zurückgehender Schneefall und Schneebedeckung, steigende Temperaturen, Veränderung der Vegetation, Rückgang der Artenvielfalt und Veränderungen im Tourismus?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit ist die Neustrukturierung bzw. -bewertung des Staatsstraßenausbauplans gediehen, wann ist mit einer öffentlichen Bekanntgabe einer Fortschreibung zu rechnen und welche bisherigen Projekte sind nicht mehr in Planung bzw. im Onlineinformationssystem nicht mehr aufgeführt (wie beispielsweise die Ortsumfahrung Seebruck laut Trostberger Tagblatt vom 28.02.2025)?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Aussagen im Main-Post Bericht vom 14.03.2025 über die „Hintergründe zum Bürgerentscheid ums Knauf-Bergwerk im Landkreis Würzburg“<sup>1</sup> frage ich die Staatsregierung, welche im Besitz der Gemeinde befindlichen Grundstücke inklusive Wege stehen nach Kenntnis der Staatsregierung dem Vorhabenträger bereits für den geplanten Gipsabbau zur Verfügung, d. h. wurden an den Vorhabenträger seitens der Gemeinde Altertheim verkauft bzw. wurden Nutzungsrechte übertragen (bitte möglichst mit Datum der jeweiligen Vereinbarung auflisten), welche Informationen hat die Staatsregierung über die berichteten Sachspenden zur Bestückung eines neuen Feuerwehrautos und für die Inneneinrichtung eines neuen Kindergartens vonseiten des Vorhabenträgers an die Gemeinde Altertheim (bitte möglichst Spenden jeweils mit Höhe und Datum angeben) und inwieweit wird der Vorhabenträger die gemeindliche Wasser- und Abwasserversorgung für den Gipsabbau nutzen können (bitte angeben, welche maximalen Wassermengen abgeleitet bzw. genutzt werden

---

<sup>1</sup> <https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/hintergruende-zum-buergerentscheid-ums-knauf-bergwerk-im-landkreis-wuerzburg-kann-altertheim-das-bergwerk-stoppen-art-11731362>

dürften)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Kinder mit Empfehlung für die Förderschule beziehungsweise mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf in den vergangenen fünf Schuljahren in den Landkreisen Günzburg und Augsburg entwickelt, wie viele Planstellen für Lehrkräfte für Sonderpädagogik wurden im selben Zeitraum in den beiden Landkreisen zusätzlich geschaffen und ist es gemäß Medienberichten zutreffend, dass der Freistaat Bayern ein „Stellenmoratorium“ verhängt hat, wonach bis zum Schuljahr 2026/2027 keine neuen Stellen geschaffen werden<sup>2</sup>?

**Rene Dierkes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie sich für die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht mit einer Art Zivildienst – von der Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Katharina Schulze „Freiheitsdienst“ genannt – als Ersatzdienst einsetzt und wenn ja, wie soll dieser ausgestaltet sein (auf wen, in welcher Altersgruppe und für welchen Zeitraum sollen sich Wehr- und Zivildienst verpflichtend erstrecken)?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten wurden im Jahr 2025 in der ANKER-Einrichtung Deggendorf (einschließlich aller Außenstellen) registriert, welche Deliktarten treten dabei besonders häufig auf und wie oft musste die Polizei im laufenden Jahr im Zusammenhang mit Vorfällen an diesen Standorten ausrücken (bitte nach jeweiligem Standort aufschlüsseln)?

**Christiane Feichtmeier**  
(SPD)

Nachdem laut Planungen des Polizeipräsidiums (PP) Oberbayern Süd die Polizeiinspektion (PI) Laufen aufgelöst und eine Grenzpolizeistation Laufen aufgebaut werden soll, frage ich die Staatsregierung, an welchen weiteren Standorten entlang der Grenzen Grenzpolizeistationen auf Kosten von Polizeiinspektionen eingerichtet werden sollen, aus welchem Pool die Grenzpolizeistation besetzt werden soll (zusätzliche Stellen oder vorhandene Kräfte der PI Laufen) und auf welche konkreten Erfolgsparameter das PP Oberbayern Süd in seiner Pressemitteilung vom 04.04.2025 (Zitat „sehr gute Erfahrungen“ bei vergleichbaren Organisationsänderungen in Mittenwald und Grassau) Bezug nimmt?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Erklärung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Firma Brose aus der Süddeutschen Zeitung vom 03.04.2025 zu dem von Schließung bedrohten Standort von Brose in Würzburg („Bis zum Sommer solle zudem entschieden werden, ob das Werk in Würzburg geschlossen wird. Die dortige Produktion erwirtschaftete ein nur niedriges positives Ergebnis,“) frage ich die Staatsregierung, was hat sie, namentlich Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Staatsminister und Leiter der Staatskanzlei Dr. Florian Herrmann und Staatsminister für Wirtschaft, Landes-

---

<sup>2</sup> <https://www.augsburger-allgemeine.de/krumbach/platzmangel-an-foederschule-im-landkreis-guenzburg-108080421>

entwicklung und Energie Hubert Aiwanger, bislang unternommen, um mit der Firmenleitung, dem Verwaltungsratsvorsitzenden, dem Vorstand der Geschäftsführung, der Geschäftsführung vor Ort und dem örtlichen Betriebsrat ins Gespräch zu kommen, um zu einem Erhalt des für die Region Würzburg mit über 1 400 Mitarbeitenden enorm wichtigen Betriebs beizutragen, aus welchen Gründen gab es bislang seitens der Staatsregierung keinen Besuch am Standort Würzburg von Brose bzw. wurden diese (trotz anderslautender Ankündigungen von Mitgliedern der Regierungsfractionen) auf unbestimmte Zeit verschoben, und welche Chancen und Möglichkeiten sieht die Staatsregierung mit Erfolg auf einen Erhalt des weiterhin rentablen Brose-Standorts („niedriges positives Ergebnis“) in Würzburg hinzuwirken bzw. dies wirksam zu unterstützen?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit wird es als schulaufsichtlich notwendig erachtet, eine Vorläuferschule zumindest auf der gleichen Gemarkung zu realisieren, wenn eine solche Interimschule nicht direkt am Standort des geplanten Schulneubaus realisiert werden kann und inwieweit wäre diese schulaufsichtlich genehmigungsfähig, wenn sie stattdessen auf einer benachbarten Gemarkung umgesetzt wird und welche Rolle würde hierfür schulaufsichtlich die Nutzbarkeit von bestehender Schulinfrastruktur (z. B. Turnhalle, Sportplatz, Pausenhof etc.) spielen?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Fördermittel für das Vertragsnaturschutzprogramm Wald in den Jahren 2020 bis 2024 entwickelt (bitte für jedes Jahr aufteilen in gesamt, Private und Körperschaften, prozentualer Anteil der Fördermittel), wie hoch ist die Förderfläche der Maßnahmen, die im jeweiligen Jahr neu abgeschlossen wurden (bitte aufteilen in gesamt, Private und Körperschaften) und wie wirkt sich die haushaltsgesetzliche Sperre von 15 Prozent auf die Förderung von Maßnahmen im Vertragsnaturschutzprogramm Wald aus, die sich im laufenden Verfahren mit unterschiedlichen Laufzeiten wie jährlich, fünfjährig bzw. zwölfjährig befinden?

**Sabine Gross**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kilometer Radweg umfasst aktuell das Radwegenetz in Bayern (bitte Angabe, aufgliedert nach Regierungsbezirken und Art der Radwege), wie viele Kilometer Radweg in Baulast des Freistaates wurden seit Inkrafttreten des Bayerischen Radgesetzes 2023 neu gebaut (bitte Angabe, aufgeschlüsselt nach Jahr und Regierungsbezirken) und wie viele Fördermittel für den Bau von Radwegen wurden seit 2023 an die Kommunen ausgezahlt (bitte Angabe, aufgeschlüsselt nach Jahr, Regierungsbezirken und Förderprogramm)?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie und in welcher Höhe erfolgen die Zahlungen an Kommunen im Bereich der Förderung nach Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) der geprüften Verwendungsnachweise und erlassenen Förderbescheide an die jeweiligen Kommunen (bitte aufgliedert nach Regierungsbezirken, Wasserwirtschaftsämtern

und Kommunen sowie den verbeschiedenen Förderbeträgen und geplanten Zahlungen hierauf in 2025 und 2026 und den jeweiligen Restverbindlichkeiten gegenüber den jeweiligen Kommunen (Transparenzlisten)) und wie die Staatsregierung beabsichtigt, diese Restverbindlichkeiten abzutragen?

**Andreas Hanna-Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Konzepte sind im Rahmen des „Praxisanleiterbonus zur Etablierung von innovativen Praxisanleitungskonzepten“ bereits beim Landesamt für Pflege eingegangen, anhand welcher Kriterien werden die eingegangenen Konzepte bewertet (bitte auch nennen, durch wen die Bewertung erfolgt) und wann soll die Bewertung der Konzepte erfolgen?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Kulturinstitutionen und Kulturinstitutionen in mehrheitlich staatlicher Hand befinden sich auf eigener, alleine genutzter staatlicher Liegenschaft (bitte mit Auflistung der Institutionen sowie der Liegenschaft), welche staatlichen Kulturinstitutionen und Kulturinstitutionen in mehrheitlich staatlicher Hand teilen sich die Liegenschaft mit anderen staatlichen oder mehrheitlich in staatlicher Hand befindlichen (Kultur)-Einrichtungen oder Dritten (bitte mit Auflistung der Institutionen und der jeweils teilenden Institutionen sowie Kennzeichnung in staatlicher Hand/mehrheitlich in staatlicher Hand/nicht mehrheitlich in staatlicher Hand/nichtstaatlich) und welche staatlichen Kulturinstitutionen und Kulturinstitutionen in mehrheitlich staatlicher Hand befinden sich momentan in Interimsstätten (bitte mit Auflistung der jeweiligen Kulturinstitution und der jeweiligen Interimsstätte sowie der geplanten Verweildauer in der jeweiligen Interimsstätte)?

**Andreas Jurca**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund des laut Medienberichten von Einwohnern Blaichachs angestrebten, jedoch vom Gemeinderat abgelehnten Bürgerbegehrens gegen die derzeit geplante Flüchtlingsunterkunft im Ortsteil Gunzesried-Säge, frage ich die Staatsregierung, in wie vielen Fällen in Bayern gab es seit 2024 öffentlichen Widerstand gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte, wie häufig wurde daraufhin die Planung verändert oder aufgegeben (bitte jeweils die Orte und Gründe angeben) und nach welchen genauen Kriterien entscheidet die Staatsregierung, ob Bürgerproteste wie die aus Gunzesried-Säge berücksichtigt werden oder nicht?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem im Entwurf des Nachtragshaushalts 2025 in Kap. 15 05 Tit. 633 80 eine Erhöhung der Mittel für die staatliche Förderung der Sing- und Musikschulen um 1,5 Mio. Euro vorgesehen ist, frage ich die Staatsregierung, wie sie die zusätzlichen Mittel zu verwenden plant, in welcher Höhe Mittel jeweils für die Kooperationsförderung und die reguläre Förderung eingesetzt werden sollen oder wie hoch jeweils der voraussichtliche Bedarf ist?

**Florian Köhler**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund des vermeintlichen Kampfes gegen „Desinformationen“, „Falschbehauptungen“ und „Verschwörungstheorien“ im Rahmen der Bayern-Allianz frage ich die Staatsregierung, wie bewertet sie bzw. Staatsminister für Digitales Dr. Fabi-

an Mehring die Tatsache, dass zahlreiche Umstände, welche zuvor von der Staatsregierung als angebliche „Desinformationen“, „Falschbehauptungen“ und „Verschwörungstheorien“ bezeichnet worden sind, sich nach meinem Dafürhalten im Nachhinein als Wahrheit herausstellten, darunter: die Laborthese von COVID-19 (mittlerweile bestätigt vom Bundesnachrichtendienst – BND), die Behauptung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 14.03.2020 es würde keine „massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens geben“, die öffentlichen Zusicherungen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder von vor dem 23.02.2025, er würde keine Lockerung der Schuldenbremse unterstützen, die schriftliche und öffentliche Erklärung des Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie vom 27.02.2021, dass kein allgemeines Rückmeldeverfahren zu den Corona-Soforthilfen durchgeführt werde sowie die Bestätigung der Europäischen Arzneimittel-Agentur vom 18.10.2023 darüber, dass die COVID-19 Impfstoffe nur dem Schutz der geimpften Person und nicht dem Fremdschutz dienen und dass sie im Zusammenhang mit der Impfung von zahlreichen Nebenwirkungen ausgeht?

**Sanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Sanierungsmaßnahmen sind bis zur Wiedereröffnung der Sammlung Goetz in der Oberföhringer Straße 103 in München geplant, wie begründet die Staatsregierung die Verzögerung der Sanierung und die seit April 2023 andauernde Schließung und wie gestaltet sich der Zeitplan bis zur Wiedereröffnung?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche spezifischen KI-Projekte in der Pflege derzeit in Bayern gefördert werden und wie die Staatsregierung plant, deren Umsetzung und Integration in den Pflegealltag zu unterstützen?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum konnte der 20-jährige, ausreisepflichtige türkische Asylbewerber, der laut aktueller Berichterstattung im Sommer 2024 in Mindelheim eine Serie von Straftaten beging und inzwischen zu zwei Jahren Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde, trotz seiner Gefährlichkeit zunächst in seiner Unterkunft verbleiben, welche behördlichen oder rechtlichen Hürden standen einer Abschiebung vor Begehung der Straftaten entgegen und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der gescheiterten Abschiebe- und Unterbringungspraxis?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Nettosteuerzahler gibt es derzeit im Freistaat Bayern und wie definiert die Staatsregierung diesen Begriff?

**Johannes Meier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld aller erhaltenen Coronahilfen des Bundes und des Freistaates Unternehmen und Selbstständige in Bayern seit dem 01.01.2020 bis zum 07.04.2025 (oder letztmöglichen Zeitpunkt, für die alle Daten vorhanden sind) nach Kenntnis der Staatsregierung insgesamt zurückzahlen mussten, wie hoch die derzeit noch offenen Rückzahlungsforderungen gegenüber Unternehmen und Selbstständigen in Bayern

aus allen erhaltenen Coronahilfen des Bundes und des Freistaates Bayern im Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 07.04.2025 (bzw. dem letztmöglichen Stichtag, für den vollständige Daten vorliegen) nach Kenntnis der Staatsregierung sind und wie bewertet das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie – vor dem Hintergrund seiner Erklärung vom 27.02.2021<sup>3</sup>, dass kein allgemeines Rückmeldeverfahren zu den Corona-Soforthilfen durchgeführt werde – die inzwischen erfolgten millionenschweren Rückforderungen?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Ankündigung durch die Staatsregierung, wonach das Theater Regensburg zur Spielzeit 2025/2026 zu einem Staatstheater werden soll, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen zur erfolgreichen Überführung des Theaters in ein Staatstheater noch ausstehen, wann die offizielle Ernennung zum Staatstheater erfolgen wird und inwiefern die angestrebte finanzielle Beteiligung des Freistaates von 50 Prozent an einem Staatstheater Regensburg angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage sichergestellt ist?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ausweisungsmessstellen wurden bis Ende 2024 in Bayern neu ausgewiesen (bitte Angabe aufgeteilt nach Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und nach dem Urheber, das heißt ausgewiesen seitens des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz oder als kostenlose Zusatzmessstelle gemeldet von Landwirtinnen und Landwirten), wie viele Ausweisungsmessstellen gibt es aktuell in Bayern (bitte Angabe aufgeteilt nach Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und nach der vorgenannten Urheberschaft) und wie viele „rote Gebiete“ sind aktuell hinzugekommen (bitte Angabe aufgeteilt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und Kommunen)?

**Benjamin Nolte**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen liegen der Staatsregierung bzw. dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (StMWK) über die Vorwürfe des Studierendenparlaments gegen ██████████ und ██████████ vor, insbesondere hinsichtlich einer angeblichen „neurechten Diskursverschiebung“ in der Lehre, welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bzw. das StMWK ergriffen oder plant es zu ergreifen, um die Freiheit von Forschung und Lehre gemäß Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz sowie Art. 27 Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG) in diesem Fall zu schützen und wie bewertet die Staatsregierung die Zusammenarbeit der Universitätsleitung mit dem Studierendenparlament, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die betroffenen Wissenschaftler offenbar nicht rechtzeitig angehört wurden, wie es die Fürsorgepflicht der Universität gemäß § 164 Strafgesetzbuch (StGB) und § 186 StGB erfordern könnte?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Hochschulen gegenwärtig eine KI-Strategie erstellen (bitte aufschlüsseln nach

---

<sup>3</sup> <https://www.vgsd.de/wp-content/uploads/2021/02/210227-Hinweis-zu-einer-moeglichen-Rueckmeldeverpflichtung-fuer-Soforthilfeempfaenger-Wirtschaftsministerium-Bayern.pdf>

GRÜNEN)	Standort und angestrebtem Veröffentlichungsdatum), wie die Partizipation von Studierenden in der Entwicklung der KI-Strategien gewährleistet wird und welche Mittel für die Umsetzung der KI-Strategien vorgesehen sind (bitte aufschlüsseln nach Finanzmitteln, Personalmitteln und jeweiligem Standort)?
<b>Tim Pargent</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, der Staatlichen Wirtschaftsschule Wunsiedel erneut keine Genehmigung für die Einrichtung einer fünften Jahrgangsstufe für das Schuljahr 2025/2026 zu erteilen (siehe dazu Artikel auf frankenpost.de vom 16.03.2025 „Keine fünfte Klasse für die Wirtschaftsschule“) frage ich die Staatsregierung, welche Schulen hatten sich um die Genehmigung für die Einrichtung einer fünften Jahrgangsstufe an Wirtschaftsschulen für das Schuljahr 2025/2026 beworben (bitte tabellarisch nach Landkreisen/kreisfreien Städten und Bezirken aufschlüsseln), welche Schulen wurden für das Schuljahr 2025/2026 zur Einrichtung einer fünften Jahrgangsstufe genehmigt (bitte ebenfalls tabellarisch nach Landkreisen/kreisfreien Städten und Bezirken aufschlüsseln) und nach welchen Kriterien wurde über die Bewerbungen entschieden?
<b>Julia Post</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder unter und über drei Jahren haben im letzten Jahr in Bayern keinen Kitaplatz erhalten, wie viele Kinder unter und über drei Jahren stehen derzeit auf einer Warteliste für einen Kitaplatz und wie viele Kitaplätze fehlen aktuell in Bayern für unter und über Dreijährige, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken?
<b>Anna Rasehorn</b> (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie die Zuständigkeiten der Behörden bei der Beantragung von Ökopunkten verteilt sind, wie lange die Beantragung von Ökopunkten von der Einreichung eines Maßnahmenkonzeptes bis zur Bewilligung oder Ablehnung durchschnittlich dauert und welche Maßnahmen geplant sind, um den Bewilligungsprozess zukünftig zu beschleunigen?
<b>Doris Rauscher</b> (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, an wie vielen Grund- und Förderschulen in Bayern gibt es derzeit betreute Frühstücksangebote, wie hat sich diese Anzahl in den letzten zehn Jahren – seit der Entstehung des Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband Kinderhilfe e. V. („denkbar-R“) und brotZeit e. V. – verändert (bitte für die jeweiligen Jahre gesondert angeben) und inwieweit soll das Angebot in den nächsten Jahren (insbesondere im Hinblick auf die Petition SO.0041.18) ausgeweitet werden?
<b>Markus Rinderspacher</b> (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, was war das konkrete Ergebnis der Markterkundung mit Baufirmen zur Redimensionierung des Konzerthausbaus im Münchner Werksviertel (bitte im Wortlaut), welche konkreten Planungen und weiteren Maßnahmen der Staatsregierung sollen noch im Kalenderjahr 2025 abgeschlossen werden, bis wann ist mit der Vergabe der Planungs- und Bauleistungen zu rechnen?
<b>Harry Scheuenstuhl</b>	Vor dem Hintergrund der aktuell durch Abgeordnete von CSU

(SPD)

und FREIEN WÄHLERN medial veröffentlichten Förderhöhen für wasserwirtschaftliche Vorhaben in den einzelnen bayerischen Kommunen (RZWas 2021), frage ich die Staatsregierung wie seitens der Staatsregierung sichergestellt werden kann, dass allen Mitgliedern des Landtags entsprechend ihres parlamentarischen Kontrollrechtes in gleicher Weise Zugang zu solchen Informationen gewährt wird, wie in den konkreten Fällen die Informationsweitergabe an die Abgeordneten der Regierungsfractionen erfolgte und wie teilen sich die Auszahlungen auf das Jahr 2025 und Folgejahre auf (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk, Kommune, Förderhöhe gesamt, Höhe der tatsächlichen Auszahlung in Euro und Prozent in 2025)?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund häufigen und wiederholten Organisationsversagens im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (StMWK) (Fälle wie ██████████, vergangene Fälle im Haus der Kunst) sowie der aktuell laut mehrfacher Berichte des Deutschlandfunks im Raum stehenden Vorfälle an den Häusern der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) wie sexueller Übergriffe auch auf Minderjährige, Bespitzelung, Videoüberwachung von Mitarbeiterverhalten, Missachtung von Sicherheitsroutinen, fehlender Ombudsstellen und nicht vorhandener Schulungen zu Sicherheit auch weiblicher und minderjähriger Personen, frage ich die Staatsregierung, seit welchem länger zurückliegenden Zeitpunkt es dem StMWK bekannt ist, dass, wie dem Deutschlandfunk vorliegende Unterlagen nahelegen, es Vorwürfe zu oben genannten Vorfällen in den BStGS gibt, was das StMWK seither unternommen hat, um die Missstände aufzuklären und wie die Staatsregierung, in Zukunft häufiges und wiederholtes Organisationsversagen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu verhindern plant?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie plant der Freistaat Bayern, kurzfristige Finanzierungslücken im geförderten Wohnungsbau zu überbrücken, um den vollständigen Stillstand großer Bauprojekte mit Förderanteil zu verhindern, wie viele privatwirtschaftliche Wohnungsbauprojekte, die im Jahr 2024 und 2025 (sofern bekannt) einen anteiligen Antrag auf Wohnbauförderung gestellt haben, haben mangels Mitteln eine Förderabsage bekommen (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln und ins Verhältnis zu den geförderten Projekten stellen) und mit wie vielen zusätzlichen Mitteln für den geförderten Wohnungsbau rechnet die Staatsregierung aus dem neuen Sondervermögen Infrastruktur?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung nach den Enthüllungen rund um die Verschiebung des Ziels der Klimaneutralität von 2040 auf 2045, mit welchem konkreten Zieljahr für die Klimaneutralität sie aktuell arbeitet, wird sie die Diskrepanz mit der aktuellen Gesetzeslage mit einer Gesetzesänderung im Landtag beenden und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung unternehmen, um den Freistaat Bayern klimaneutral zu machen (bitte die drei Maßnahmen mit dem größten CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenzial sowie das dafür vor-

gesehene Zieljahr auflisten)?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bei wie vielen Verkehrskontrollen in den vergangenen fünf Jahren standen die Fahrerinnen bzw. Fahrer jeweils unter Einfluss von Rauschmitteln bzw. Drogen (bitte aufschlüsseln nach Alkohol, Cannabis und weiteren Drogen), wie viele dieser Fälle lagen in 2024 vor und nach der Normierung des neuen Grenzwertes für THC von 3,5 ng/mL Blutserum und bei wie vielen dieser Verkehrskontrollen wurde im Nachgang ein Verfahren zum Entzug der Fahrerlaubnis eingeleitet (bitte aufschlüsseln nach Jahr und Rauschmittel)?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass für 70 Mio. Euro in Bamberg ein Bildungszentrum entstehen soll, von der geplanten Maximalförderung von 75 Prozent 45 Prozent auf den Bund und 30 Prozent auf den Freistaat Bayern entfallen und die Handwerkskammer (HWK) für Oberfranken die Förderanträge für den Neubau u. a. beim Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie abgegeben hat, frage ich die Staatsregierung, bis wann wird die HWK Oberfranken die Förderzusage für das Bauprojekt erhalten und in welcher Höhe wird die 30 Prozent Förderung zugesagt?

**Markus Striedl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr bekannt ist, dass die EU-Initiative „DiscoverEU“ zweimal im Jahr 35 000 gratis Travel-Pässe an 18-Jährige verlost, wie viel Steuergeld dies nach ihrer Schätzung den Freistaat Bayern pro Jahr direkt und indirekt kostet und ob man mit dem Travel-Pass auch mit Zügen fahren kann, die der Freistaat bestellt, d. h. bayerischer Nahverkehr?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung zur Situation der weiterführenden Schulen in Mering, ob bereits ein Antrag auf Aufstockung des Gymnasiums Mering gestellt wurde (bitte aktuellen Sachstand mitteilen) und ob bereits ein Antrag auf Sanierung der Realschule Mering gestellt wurde (bitte aktuellen Sachstand mitteilen)?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Ergebnisse der kamerabasierten Überwachung bei schlaggefährdeten Vogelarten bei Windkraftanlagen in der Kommune Fuchstal, inwieweit können die ermittelten Flugrouten die genaue Kenntnis über Brutplätze ersetzen und wie beurteilt die Staatsregierung die neuen, sehr einschränkenden Auflagen für den weiteren Betrieb der Windkraftanlagen durch die zuständigen Naturschutzbehörden, obwohl die Ergebnisse des Zwischenberichts sehr positiv waren?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der geplanten Landesgartenschau im Jahr 2030 in Nürnberg frage ich die Staatsregierung, welche bindenden rechtlichen Vereinbarungen bisher von der Stadt Nürnberg zur Konzeption und Umsetzung der Landesgartenschau eingegangen wurden, welche Kosten der Stadt Nürnberg bereits für die Konzeption und Planung der Landesgartenschau entstanden sind und mit welchen Einnahmen, unter Angabe der geschätzten Höhe, die Stadt Nürnberg unmittelbar durch die Landesgartenschau rechnet?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum ist der Beitrag der Leitung der Gedenkstätte Dachau, den sie anlässlich des Besuch des US-amerikanischen Vizepräsidenten im vergangenen März verfasste und auf der Homepage der Gedenkstätte veröffentlichte, auf der Homepage der Gedenkstätte nicht mehr abrufbar, wer hat die Löschung des veröffentlichten Beitrags veranlasst, der eine wichtige Einordnung in der Thematik „Öffentliche Gedenkstättenbesuche von Politikerinnen und Politikern“ vorgenommen hat und ist die Löschung mit der Gedenkstättenleitung und dem Direktor Bayerischer Gedenkstätten einvernehmlich abgesprochen worden?

**Markus Walbrunn**  
(AfD)

Vor einem Jahr ist mit dem Cannabisgesetz (CanG) eine Teillegalisierung in Kraft getreten und nach einem Jahr sollten Daten und Einschätzungen dazu vorliegen, weshalb ich die Staatsregierung frage, wie sich der Cannabismissbrauch seit dem Inkrafttreten des Gesetzes an und um bayerische Schulen herum insbesondere in der Landeshauptstadt verändert hat, welche Maßnahmen zur Vermeidung verstärkten Cannabismissbrauchs an Schulen sowie von Schülern die Staatsregierung plant oder bereits umsetzt und wie werden die mit Cannabismissbrauch zusammenhängenden Probleme überwacht bzw. erfasst?

**Laura Weber**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der im Entwurf zum Nachtragshaushalt 2025 bekannt gegebenen Kürzungen der Ausgaben für Naturschutz und Landschaftspflege, die u. a. Fördermittel für Landschaftspflegeverbände betreffen, frage ich die Staatsregierung, welche Projekte je Landkreis in der Oberpfalz für Landschaftspflegemaßnahmen sich im laufenden Verfahren befinden oder befanden, wie bei diesen Projekten über die Förderung konkret entschieden wird/wurde (Förderung wie bisher/keine Förderung [mehr]/geringere Förderung/mehr Förderung, bitte auch jeweilige Förderhöhe angeben, bitte in tabellarischer Form wie in der Anfrage zum Plenum zum 22.01.2025 der Abgeordneten Mia Goller, Drs. 19/4713) und wie sich die Bereitstellung von Landesmitteln zur Förderung von Landschaftspflegemaßnahmen in der Oberpfalz in den letzten fünf Jahren entwickelt hat?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Versorgungsstruktur mit Verkaufsstellen des Einzelhandels im ländlichen Raum in den vergangenen 10 Jahren entwickelt (bitte insgesamt sowie differenziert nach der Größe der Verkaufsfläche (bis 400 m<sup>2</sup>, über 400 m<sup>2</sup>) und nach Art der Verkaufsstelle (Supermarkt, Discounter, Dorfladen, digitale Kleinstsupermärkte) und wie hat sich die Zahl der bayerischen Kommunen entwickelt, in denen es kein Lebensmitteleinzelhandelsgeschäft gibt?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie stand die Staatsregierung bisher mit dem Bürgerrat „Bildung und Lernen“ der Montagsstiftung Denkwerkstatt in Kontakt (bitte aufschlüsseln nach Datum und Inhalt des jeweiligen Austauschs), wird die Staatsregierung eine Stellungnahme zu den Forderungen aus dem Abschlussberichts des Bürgerrats zur Verfügung stellen und welche Formate hat die Staatsregierung in den letzten fünf Jahren selbst durchgeführt, um

die Wünsche von Bürgerinnen und Bürger, einem Querschnitt der Bevölkerung, zum Thema Bildung einzuholen?